

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:  
**Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.**

## Die Aufhebung der Sanktionen ist der erste unumgängliche Schritt zum Frieden

Liebe Leserin!

Lieber Leser!

Sie halten eine weitere Ausgabe unserer Quartalszeitschrift «Neues aus Österreich» in der Hand, in der wir Meldungen zusammengestellt haben, die man sonst in den Standard-Medien kaum findet. Nur wenn man die Möglichkeit hat, z.B. über den Ukraine-Krieg unterschiedliche Standpunkte statt Einheitsbrei zu erfahren, kann man sich selbst eine ausgewogene und wahrheitsgemäße Meinung bilden.

Hannes Hofbauer, Autor von Büchern wie «Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung», beschreibt die Herrschaftstechniken alter und neuer Zeit.

### Unsere Wünsche für 2023

*Es möge der Befund, der die politisch-gesellschaftliche Realität unserer Zeit widerspiegelt, keine Gültigkeit mehr haben: „Es gibt drei Kategorien von Menschen, die Wenigen, die dafür sorgen, dass etwas geschieht, die Vielen, die zuschauen, wie etwas geschieht und die überwältigende Mehrheit, die keine Ahnung hat, was überhaupt geschieht.“ (Karl Weinhofer)*

*Wir wünschen uns stattdessen eine Wende dahingehend, dass eine überwältigende Mehrheit endlich begreift, was geschieht, dass die vielen Zuschauer erwachen, sich für eine bessere Welt einsetzen und dafür sorgen, dass zwischen der Ukraine bzw. USA/NATO und Russland endlich Friedensgespräche in die Wege geleitet werden.*

*Und im persönlichen Bereich:*

*Glück und Segen –  
Gesundheit und Zufriedenheit!*

Dazu gehört, verlorenes Vertrauen mit Zwangs- und Zensurmaßnahmen zu kompensieren, und das umso mehr, als das Establishment im (wirtschaftlichen) Niedergang um sein Überleben kämpft. Davon betroffen sind vor allem Personen und Organisationen, die das herrschende Narrativ in Frage stellen. So versucht z. B. die EU die westliche Deutungshoheit sicherzustellen, indem sie den Fernsehsender «Russia today» und dessen gesamtes Internetprogramm verbietet.

Darum liest man äußerst wenig zu Fragen, wie der Friede in Europa wieder hergestellt werden könnte. **Wo sind die Friedensstifter?** Die biblische Friedensverheißung ist kein Geschenk an die Menschheit, sondern ein Auftrag an uns alle. Wir möchten mit unserer regelmässig erscheinenden Zeitschrift einen Beitrag dazu leisten.

Mit großer Freude können wir verkünden, dass unsere **Unterschriftenaktion zur „Parlamentarischen Bürgerinitiative“** für eine Beendigung der zerstörerischen Sanktionen gegen Russland, recht erfolgreich verläuft. **Wir bedanken uns bei den bisherigen Unterstützern.**

Inzwischen hat sich sogar die mit uns befreundete „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) bereit erklärt, mitzumachen. Wir haben deshalb eine **Verlängerung der Abgabefrist** vereinbart.

Abschließend darf ich Sie, liebe Leserin



Zeichen der Verbeugung vor USA und NATO am Nationalfeiertag

Gegen jede Gepflogenheit und vor allem gegen das noch immer völkerrechtlich verpflichtende Neutralitätsgebot, hisste der grüne Bürgermeister am 26. Oktober die ukrainische Fahne am Rathaus in Innsbruck.

Bild: rp

und lieber Leser, als neuer Obmann herzlich begrüßen und freue mich schon, Sie bei Gelegenheit, beispielsweise bei einer unserer Veranstaltungen – die Einladungen dazu finden Sie auf der letzten Seite dieser Ausgabe – persönlich kennenzulernen. Es ist bereitet mir Freude, die wertvolle Arbeit

### Inhalt

- 1 Das Ende der Sanktionen – ein erster Schritt zum Frieden
- 2 Der Ukraine-Krieg ist in Wahrheit ein Krieg der USA gegen Russland
- 2 Die EU beschließt eine militärische Ausbildungsmission für die Ukraine
- 3 Die wahren Ursachen der Krise unseres Bildungssystems
- 3 Eine neue Migrationswelle überflutet Österreich
- 4 Lesens-, sehens-, hörens- wert
- 4 Wussten Sie?
- 6 Lesermeinungen
- 6 Positives, Erfreuliches
- 8 Impressum

(Fortsetzung auf Seite 2)

des Bündnisses *Neutrales Freies Österreich* im Sinne meiner beiden Vorgänger DI. Rudolf Pomaroli und Gerald Grüner fortsetzen und dabei auf ihre Unterstützung in Rat und Tat bauen zu können. Der Austausch

mit erfahrenen Menschen stärkt einen immer wieder von neuem!  
Ich wünsche Ihnen im weihnachtlichen Geist der Verbundenheit eine interessante Lektüre. Der Mensch ist und bleibt ein Ge-

meinschaftswesen, Freundschaft ist das Bindeglied.

Ihr DI. Daniel Jenny

## Der Ukraine-Krieg ist in Wahrheit ein Krieg der USA gegen Russland

Um das zu verstehen, sind einige grundlegende historische und geostrategische Fakten festzuhalten, die im aktuellen Kriegsgeschehen allzu leicht aus dem Gesichtsfeld geraten.

Blickt man auf den Globus, kann man unschwer erkennen, dass die riesige eurasische Landmasse von Lissabon bis Wladiwostok so etwas wie den Mittelpunkt der Erde darstellt. Wer auf dieses Machtzentrum Einfluss gewinnt, kann beanspruchen eine Weltmacht zu sein. Mit dem Zerfall der Sowjetunion um 1990 eröffnete sich ein immenses Machtvakuum genau in diesem Bereich, auf das vor allem der aussichtsreichste Kandidat einer Weltmachtposition sein begehrliches Auge richtete, die USA. Diese haben allerdings den Nachteil, dass sie, getrennt durch den Atlantik, weit ab von diesem Weltzentrum liegen. Um ihre globale Vormachtstellung dennoch behaupten und ausbauen zu können, sind sie deshalb auf ihre Einflussmöglichkeiten auf Westeuropa, den Brückenkopf zum eurasischen Kontinent, angewiesen. Sie gestalten deshalb seine komplexen Machtverhältnisse nach eigenen Interessen, vor allem gilt es den Aufstieg einer dominierenden gegnerischen Macht unmöglich zu machen. Zu diesem Zweck wenden sie in der Nachfolge des Britischen Empire die

Strategie des „Teile und Herrsche“ an. Oberstes Prinzip ist dabei, ein Zusammenwirken von deutscher Technologie und russischen Ressourcen unter allen Umständen zu verhindern. Dazu fügen sich z.B. passgenau die Anschläge auf die beiden Nordstream-Pipelines ein.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und des gesamt Ostblocks, als der Nachfolgestaat Russland um seine zukünftige politische und wirtschaftliche Ausgestaltung rang und sich bereits mehrere ehemalige Sowjetrepubliken losgesagt hatten, erlangte die Ukraine mit ihren damals 52 Millionen Einwohnern, ihren Bodenschätzen und ihren fruchtbaren Schwarzerdeböden eine zentrale Rolle als „Zünglein an der Waage“ bei der Frage, ob die entstehende Russische Föderation als weiter existierende Supermacht eine ernstzunehmende Konkurrenz der USA auf dem eurasischen Kontinent bedeuten würde oder nicht. **Es geht trotz aller heuchlerischen Beteuerungen letzten Endes um den Anspruch der USA auf Weltherrschaft.**

Man gewinnt allgemein den Eindruck, dass die krisenhaften Ereignisse der letzten Jahre den Absichten des von den USA dominierten Westens passgenau in die Hände spielen. Die Coronakrise bewirkte unter dem Vorwand der Gesundheitsfür-

sorge eine unglaubliche Beschleunigung der Digitalisierung und die Etablierung eines Überwachungs- und Wegsperrregimes, das unter normalen Umständen niemals akzeptiert worden wäre. Der Ukrainekrieg wiederum beschleunigt die schon lange geplante Dekarbonisierung, die Abkehr von fossilen Brennstoffen, wodurch zugleich dem rohstoffreichen Russland Schaden zugefügt wird. Mit dem damit einhergehenden Absinken des CO<sub>2</sub>-Gehalts in der Luft, das für das Pflanzenwachstum wichtig ist, steigt die Gefahr von Mangelernährung und Hungerkrisen weltweit, was ebenfalls zwecks Bevölkerungsreduzierung schon länger eingeplant zu sein scheint. Außerdem zeichnet sich vor allem aufgrund der monströsen Überschuldung eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ab. All das kann dann vom Westen, dem eigentlichen Verursacher, Putin und dem Krieg in die Schuhe geschoben werden.

Quellen: Z. Brzezinski, *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*; Stratfor, *Chicago Council on Global Affairs*

*Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein!*

Aus der Regierungserklärung von Willy Brandt vom 28.10.1969

### Wer trägt die Hauptverantwortung für den Krieg?

Hätten die USA nicht auf die Erweiterung der Nato bis an die Grenze Russlands gedrängt, hätten sie nicht nuklearfähige Raketenabschussvorrichtungen in Rumänien stationiert und in Polen und vielleicht auch anderswo geplant, hätten sie 2014 nicht zum Sturz der demokratisch gewählten ukrainischen Regierung beigetragen, hätten sie nicht den ABM-Vertrag und dann den Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen abgeschafft und abschließend die russischen Versuche, ein bilaterales Moratorium für die Stationierung auszuhandeln, ignoriert, hätten sie keine Übungen mit scharfen Raketen in Estland durchgeführt, um das Anvisieren von Zielen innerhalb Russlands zu üben, hätten sie kein umfangreiches Militärmanöver mit 32 Nationen in der Nähe des russischen Territoriums organisiert, hätten sie ihre Streitkräfte nicht mit denen der Ukraine verknüpft und so weiter und so fort – hätten die USA und ihre Nato-Verbündeten diese Dinge nicht getan, wäre der Krieg in der Ukraine wahrscheinlich nicht ausgebrochen. Das ist meiner Meinung nach eine vernünftige Behauptung. Ich würde sogar behaupten, dass die Situation heute eine ganz andere wäre, wenn nur zwei oder drei der vielen hier diskutierten Provokationen nicht stattgefunden hätten.

Benjamin Abelow, US-Historiker

## Die EU beschließt eine militärische Ausbildungsmission für die Ukraine

Der Rat der Außenminister hat Mitte Oktober auf Initiative des Außenbeauftragten Josep Borrell beschlossen, ca. 15 000 ukrainische Soldaten an verschiedenen Waffensystemen auf dem

Gebiet der EU auszubilden. Schulungen von ukrainischem Militärpersonal in einzelnen Ländern, wie z. B. Deutschland, oft direkt beim Hersteller des Militärgeräts, sind nichts Neues. Neu ist allerdings der

aufgrund dieses Beschlusses offizielle Charakter dieser Ausbildungsmission EU-MAM, die vorläufig auf zwei Jahre ausgelegt ist. Die Kosten werden auf 50 bis 60 Mill. Euro jährlich geschätzt.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Nach Waffenlieferungen und Wirtschaftssanktionen nimmt die EU mit diesem Beschluss nun auch militärisch aktiv am Krieg in der Ukraine teil. **Sie ist somit offiziell Kriegspartei und legitimes Kriegsziel geworden**, gemäß dem Rechtsgutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages vom März d. J.: *Wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei bzw. Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der*

## Die wahren Ursachen der Krise unseres Bildungssystems

Nachdem es in den letzten Jahren um das Schul- und Bildungswesen in unserem Land sehr ruhig gewesen ist, häufen sich in letzter Zeit Meldungen über einen sich immer stärker bemerkbar machenden Lehrermangel. Man hört von Burnouts, Lehrer kündigen reihenweise, verabschieden sich vorzeitig in den Ruhestand oder wechseln in andere Berufe. Es ist schwierig geworden, neu ausgeschriebene Lehrerstellen zu besetzen. Es gibt eine hohe Fluktuation an den Schulen, fach- und stufenfremdes Unterrichten greift um sich. Quereinsteiger mit wenig bis fast gar keiner Ausbildung und Studenten werden eingesetzt.

Beschäftigt man sich etwas eingehender mit der Problematik, stellt man fest, dass der Lehrermangel bloß ein Symptom einer tiefer liegenden Krise unseres Schul- und Bildungssystems ist, auch wenn Schulbehörden und Bildungsdirektionen zu beschwichtigen versuchen.

Interessierte Zeitgenossen rätseln über die Gründe dieser Entwicklung. Die Rätsel können nicht gelöst werden ohne eine ehrliche und sorgfältige Analyse und Ursachenforschung über einen Zeitraum der vergangenen drei Jahrzehnte. Der Niedergang des im internationalen Vergleich hohen Standards der österreichischen Schulen war ein schleichender Prozess. Er nahm Fahrt auf, als um 1995 die OECD (*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*) auf Druck der USA die UNESCO aus deren Zuständigkeit drängte. Damit ging in Theorie und Praxis ein massiver Bruch mit der bewährten europäischen Bildungstradition einher. Die

## Eine neue Migrationswelle überflutet Österreich

Im Windschatten des Ukraine-Krieges wenig beachtet – und das ist wohl so beabsichtigt – ergibt sich derzeit eine Migrantenflut über Österreich ähnlich epischen Ausmaßes wie im Krisenjahr 2015. Bis Ende August wurden in Österreich 56.149 Asylersuchen gestellt. Dabei sind ukrainische Flüchtlinge nicht mitgerechnet. Zum Vergleich: Selbst im

*Nichtkriegsführung verlassen.* Nicht das neutrale Österreich, sondern Ungarn stimmte als einziger Mitgliedsstaat nicht für diese militärische Ausbildungsmission. Die Regierung in Budapest habe von der Möglichkeit der konstruktiven Stimmenthaltung Gebrauch gemacht. Sie habe damit die Mission nicht blockiert, an der Ungarn jedoch nicht teilnehmen und sich auch nicht an den Kosten beteiligen werde. „Wir halten nichts für eine gute Idee, was zu einer Eskalation führt“,

OECD arbeitete Indikatoren aus, mit denen Bildungssysteme international verglichen werden konnten. Sie ernannte sich damit zum alleinigen Schiedsrichter für die Beurteilung nationaler Bildungssysteme. Dazu konzipierte sie Pisa-Tests, welche während fünf Jahren von etwa 300 internationalen Wissenschaftlern auf der Grundlage des sprichwörtlich schlechten US-amerikanischen Bildungssystems ausgearbeitet wurden. **Damit wurde die Vormachtstellung einer globalistischen Wirtschaftsorganisation im Bildungsbereich etabliert.**

Die unerwartet schlechten Ergebnisse der ersten Pisa-Tests wirkten als Katalysator für einen eingeforderten ständigen „Reform“prozess auf allen Ebenen nach den neoliberalen Kriterien des *New Public Management* (NPM). Aus Schulen und Universitäten, ja aus der gesamten öffentlichen Verwaltung sollte ein kundenorientiertes, betriebswirtschaftlich gemanagtes Dienstleistungsunternehmen gemacht werden, mit dem Ziel, Ausgaben möglichst zu reduzieren und die Effizienz zu steigern. Dienstleistungen und damit das Bildungswesen wurden eine Handelsware. **Sämtliche „Reformen“ waren also nicht pädagogisch, sondern kommerziell motiviert.**

Den Lehrern weht nun ein scharfer Wind entgegen. Sie werden mit neuen, aus der Privatwirtschaft übernommenen Verträgen eingestellt und Mitarbeiterbeurteilungen unterzogen. Ihr Berufsauftrag wurde neu definiert, und sie haben ihren Unterricht auf die nun propagierten individualisie-

betonte der ungarische Außenminister und beklagte, dass das Wort Frieden außer in seiner in keiner anderen Rede vorkam. Weil der EU-Zentrale allmählich die Gelder für die Waffenlieferungen an die Ukraine ausgehen, erhöhten die Mitgliedsländer auch die Militärhilfe für die Ukraine. Es stehen nun dafür aus der EU-Friedensfazilität(!) insgesamt 3,1 Milliarden Euro zur Verfügung, rund 500 Millionen Euro mehr als bisher. Damit rückt der Frieden in noch weitere Ferne.

renden Methoden des Classroom-Managements nach US-Vorbild umzustellen. Die Schüler müssen demnach das Lernen vorwiegend selbst organisieren und dabei Kompetenzen erwerben, die mit Tests überprüft werden.

**Dazu kommen noch die Probleme mit den immer zahlreicheren Schülern mit nicht-deutscher Muttersprache.** Das alles erklärt wohl zur Genüge die Misere unseres Schulsystems und den Frust von Schülern und Lehrern.

Quelle: [zeit-fragen.ch](http://zeit-fragen.ch)

**Die geschilderten Entwicklungen sind in Österreich und in der Schweiz weitgehend deckungsgleich.**



Europagymnasium Klagenfurt

Bereits 2007 bemühten sich Schulen um Sponsorengelder, die nur durch unternehmerische Werbemaßnahmen gewonnen werden konnten. Dabei hatte man bei entsprechendem Nachweis von EU-Freundlichkeit am wahrscheinlichsten Erfolg. Aufgaben und Fortschritte auf pädagogischer Ebene mussten so häufig in den Hintergrund treten.

Bild: rp

Ein spezielles Problem stellen die vermehrten illegalen Grenzübertritte dar. Vor allem das Burgenland ist davon betroffen. Die Einsatzkräfte sind mit der Migrantenflut überfordert. Schwerpunkteinsätze gegen Schlepper sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Ankommenden werden entweder in Asylzentren verbracht oder einfach weggeschickt, in der Hoffnung,

(Fortsetzung auf Seite 4)

dass sie in ein anderes Land weiterziehen. Der Ansturm ist so groß, dass in einigen Bundesländern Zelte oder Container aufgestellt werden mußten, weil die Kapazitäten in den Flüchtlingseinrichtungen nicht mehr ausreichen. Darüber kam es bereits zu Auseinandersetzungen zwischen den betroffenen Bundesländern und Bürgermeistern mit dem Bund.

Erst dadurch wurde eine breitere Öffentlichkeit überhaupt auf das andrängende Problem aufmerksam. Dabei sind die massiv steigenden Zahlen keine Überraschung. Seit Monaten zeichnet sich ein Rekordjahr ab, das alles vorher Gewesene in den Schatten stellen könnte. Trotzdem

tat die Regierung nichts, um dem vorausschauend gegenzusteuern. Offenbar ging man von der falschen Annahme aus, dass die Bevölkerung solche Zustände bereits als unabänderlich hinnimmt.

Wenn BK Nehammer jetzt angesichts dieser krisenhaften Entwicklung von der EU mehr Zusammenarbeit und besseren Schutz der Außengrenzen einfordert, so ist das einerseits ein unglaublicher Versuch der Schadensbegrenzung, andererseits rennt er damit gegen Betonwände an. **Brüssel hat in der Vergangenheit schon oft genug unter Beweis gestellt, dass es nicht gewillt ist, der überbordenden Einwanderung nach Europa Einhalt zu**

**gebieten und seine Grenzen effektiv zu schützen.** Quellen: politikstube.com; alternative-presse.de



Dank der Vorgaben der EU müssen wir die Grenzen unseres Landes für alle Zuwanderer offen halten und für ihren Unterhalt sorgen, sogar wenn sie sich kriminell betätigen. Bild: screenshot

sondern sogar die Pflicht einzugreifen. Dazu kommt die Sabotage der Referenden durch die Weigerung des Westens, internationale Beobachter zu schicken, wohlweislich in dem Wissen, wie sie ausgehen

werden. Dadurch konnte er behaupten, es seien „Scheinreferenden“, und somit einen gangbaren Weg zu einer Friedensordnung hintertreiben. Also nicht Putin, sondern die Ukraine und der Westen verstoßen primär

gegen das Völkerrecht. Es hat sogar den Anschein, als ob der Westen gar nicht mehr gewillt ist, das bisherige Völkerrecht zu respektieren, sondern eine neue Rechtsordnung nach eigenem Gutdünken durchzusetzen sucht.

Quelle: RA Dr. E. M. Barki, Ukraine-Krise. Rechtliche Stellungnahme unter Berücksichtigung des Völkerrechts

**Wir aber wollen keine unipolare Welt mit einer internationalen Rechtsordnung nach westlicher Willkür mit permanenten Kriegen für – angeblich – permanenten Frieden. Wir wollen eine multipolare Welt, wie sie u. a. von Russland angestrebt wird, als unabhängbare Voraussetzung für wirklichen Frieden.**

### Reden wir vom Frieden!

Der Westen, sprich die USA und ihr Machtinstrument, die NATO, die derzeit Europa verheizen, haben die Russen seit 2008 bis aufs Blut provoziert und belogen. Der endgültige Auslöser für die Gewaltaktion der bislang geduldigen Russen war die Ankündigung des US-Vasallen Selenskyj, dass er den Atomwaffenverzicht von Budapest (Budapester Memorandum von 1994) aufkündigen würde. Atomraketen an der russischen Grenze mit Reichweite bis Moskau waren die ultimative Provokation. Reden wir vom Frieden mit einer immerwährend neutralen, atomwaffenfreien Ukraine, die mit einer klugen Politik zwischen West und Ost von beiden Seiten Hilfe erwarten kann, statt sich einseitig ausplündern zu lassen.

Prof. Dr. Heinrich Wohlmeyer, (aus „Politische Briefe“, 2022 II)

### Maßnahmen gegen Ungeimpfte sind ohne wissenschaftliche Grundlage getroffen worden

Diese Feststellung des bekannten deutschen Epidemiologen Klaus Stöhr fand Mitte Oktober eine offizielle Bestätigung. Eine Sprecherin des Impfstoffherstellers Pfizer räumte bei einer Befragung in einem Sonderausschuss des EU-Parlaments ein, dass bei den Zulassungsstudien nie untersucht wurde, ob der Impfstoff überhaupt vor einer Übertragung des Corona-Virus auf andere schützt. „Wir mussten uns mit der Geschwindigkeit der Wissenschaft bewegen, damit wir verstehen, was auf dem Markt passiert. Deshalb mussten wir das riskieren“, lautete die Begründung.

**Der Impfstoff wurde also nie daraufhin entwickelt, dass Geimpfte nicht mehr ansteckend sind. Das wurde auch nie getestet.** Trotzdem setzte die Politik die Bevölkerung weltweit gerade mit diesem Argument des Fremdschutzes unter Druck. „Schütz dich selbst, dann schützt du andere“, hieß es. Gleichzeitig konnten so jene, die sich nicht impfen lassen wollten, als unsolidarisch vorgeführt werden. Mit diesem Argument wurden in Österreich sogar Maßnahmen begründet, die weitgehende Einschränkungen der persönlichen Freiheit beinhalteten, etwa der

Lockdown für Ungeimpfte oder die diversen Zutrittsverbote durch die 2-G-Regel. Es stellt sich die Frage, waren die Politiker in der Pandemie ebenso wie die Bevölkerung Angstgetriebene oder handelten sie wider besseres Wissen? Und wie wird es weitergehen? Dass trotz dieser Erkenntnis, die so neu nun auch wieder nicht ist, die EU-Arzneimittelagentur EMA kurz nach den Aussagen der Pfizer-Sprecherin die Zulassung von Corona-Impfstoffen für Säuglinge und Kleinkinder ab sechs Monaten empfohlen hat, verheißt nichts Gutes. Quelle: servustv.com

## Lesenswert – sehenswert – hörensenswert!

- **Chronologie fortgesetzter Neutralitätsverletzungen.** Seit dem EU-Beitritt findet eine schleichende Demontage der österreichischen Neutralität statt. Der ehemalige Verteidigungsminister Günther Platter hat diese Politik 2003 folgendermaßen erläutert: *Die Neutralität ist tief im Herzen der Österreicher. Man muss behutsam sein und darf das nicht herausreißen. Es ist besser, eine Operation vorzubereiten, um das vorsichtig herauszuoperieren.* [www.solidarwerkstatt.at/frieden-neutralitaet/chronologie-fortgesetzter-neutralitaetsverletzungen](http://www.solidarwerkstatt.at/frieden-neutralitaet/chronologie-fortgesetzter-neutralitaetsverletzungen)
- **Die Erklärung des US-Friedensrates zum Ukraine-Konflikt.** Das Vorgehen Russlands ist nicht völkerrechtswidrig und auch kein Angriffskrieg. Das sagt sogar der amerikanische „Peace Council“ in einer Erklärung kurz nach dem Beginn des Einmarsches russischer Truppen in den Donbass. <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-2022/erklarung-des-us-peace-council-zur-militaerintervention-russlands-in-der-ukraine/>
- **Europas Weg zur Entspannung.** Die Regierungen können die Risiken eines Atomkriegs verringern und die Wirtschaft retten. Sie müssen nur die Sanktionen aufheben. Artikel von Joachim Starbatty in der „Weltwoche“ vom 20. Okt. 22.
- **Warum führen die westlichen Machteliten ihren Krieg gegen Russland so unerbittlich?** Hängt es mit Putins kritischen Forderungen zusammen, die seit 22 Jahren in all seinen Reden an den Westen gerichtet waren: nach gleichberechtigter Sicherheit für Russland, nach Beachtung der Grundlagen der Charta der UNO, nach einer anderen Weltwirtschaft und einem anderen Weltfinanzsystem und der Forderung, einen eigenständigen Weg in Fragen von Familie, Religion und Nation gehen zu wollen? Dem geht der Redakteur von „Zeit-Fragen“, Karl-Jürgen Müller in seinem Artikel nach und versucht, den gangbarsten Weg aufzuzeigen, wie der Krieg enden kann. [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)
- **Tanz auf dem Vulkan - Die Realität will erkannt und verstanden werden.** Artikel von Rudolf L. Hänsel. Machtstreben in Wirtschaft und Politik treibt uns immer wieder in Katastrophen hinein, in denen der Reichtum unserer Kultur verprasst und die Ernten unserer Zivilisation zerstört werden. Obwohl diese verhängnisvollen Auswirkungen unsere Existenz bedrohen, sind wir lethargisch genug, um uns durch sie nicht wachrütteln zu lassen. <https://helmutmueller.wordpress.com/>
- **Die große Impf-Lüge: Manipulation, Machtmissbrauch, Milliardenengeschäfte. Die Covid-Impfung ist gar keine Impfung. Kartell der Vertuscher. Totalversagen der Medien.** Es ist unfassbar, dieser Covid-Skandal, der jetzt ans Licht gekommen ist. Es ist eine gute Nachricht, dass man über diese gewaltigen Mißstände jetzt endlich zu reden beginnt. <https://weltwoche.ch/daily/>
- **Rede von Präsident Putin im Valdai Club am 27. Oktober 2022 in Moskau, die es wert ist, sie vollständig anzuhören.** Wenn wir im sogenannten demokratischen und friedlichen Westen ernst genommen werden wollen, dann sollten wir eine andere Meinung uneingeschränkt zulassen und anhören. Hier ist die deutsche Übersetzung: <https://report24.news/putin-vom-westen-als-irre-gebrandmarkt-das-sagte-er-in-einer-der-besten-reden-des-jahres/>

## Wussten Sie.....?

### Die Ukraine verweigert mit Hilfe des Westens dem Donbass die Selbstbestimmung

Entsprechend der Charta und weiteren Erklärungen der Vereinten Nationen ist das Selbstbestimmungsrecht die fundamentalste Grundnorm des Völkerrechts, Ziel und Grundlage der friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen, sowie Vorbedingung für den Genuss aller Menschenrechte. Kraft dieses Rechtes entscheiden die Völker frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

Das Selbstbestimmungsrecht ist zudem neben dem Gewaltverbot und Verbot des Völkermordes „zwingendes Recht“ mit rückwirkender Gültigkeit. Das Recht von Staaten auf territoriale Integrität gehört nicht dazu. Im Selbstbestimmungsrecht enthalten ist das Sezessionsrecht, entweder als Gründung eines eigenen Staates, oder als Eingliederung in einen anderen Staat. Damit verbunden ist auch das Recht, im Falle eines Widerstands gegen

seine Ausübung, Unterstützung zu suchen und zu erhalten, und dafür zu kämpfen, wobei auch Gewalt gerechtfertigt ist. Es ist die Pflicht jedes Staates, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts zu unterstützen. D. h. die Russische Föderation hatte nach dem Hilfeersuchen des Donbass, nachdem dessen Bevölkerung jahrelang mit Raketen und Artillerie beschossen und auf gemeine Weise drangsaliert worden ist, nicht nur das Recht,

(Fortsetzung auf Seite 5)

**In den Medien werden die von den USA, der EU und anderen Staaten ohne Ermächtigung des UN-Sicherheitsrates einseitig verhängten Sanktionen gegen Russland und jetzt wieder neu auch gegen den Iran unhinterfragt als selbstverständliches Instrument eines gerechten Kampfes für die „europäischen Werte“ und das „europäische Friedensprojekt“ gegen finstere Despoten, die sie bedrohen und Gewalt und Zerstörung bringen, dargestellt. Doch wie sieht es wirklich aus? Hat dieses Schwarz-Weiß-Denken wirklich seine Berechtigung? Hören wir, was unabhängige Fachleute dazu sagen:**

- Sanktionen sind nicht verständlich, ohne das am 2. 8. 2017 erlassene US-Gesetz „Amerikanischen Gegnern durch Sanktionen begegnen“, basierend auf dem Entwurf „Dem russischen Einfluss in Europa und Eurasien entgegentreten“. Es sieht vor, dass Sanktionsbeschlüsse der USA internationales Recht darstellen und international durchgesetzt werden. So können auch ausländische, insbesondere europäische Unternehmen zivil- und strafrechtlich in den USA verfolgt werden. Zweck des Gesetzes nach eigenen Worten ist es, für den Export von US-Energieressourcen Vorrang vor anderen Exportströmen zu erwirken. Das Gesetz ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht. Mit ihm wurde das Vorgehen gegen die Fertigstellung der Nordstream-2-Pipeline begründet. Den beteiligten Firmen wurde bei Nichtbefolgung Vernichtung angedroht.
- Sanktionen zerstören die wirtschaftlichen Grundlagen von Staaten wie z. B. Syrien und Afghanistan. Aufgrund der Sanktionen – und nicht wegen des Krieges, der in weiten Teilen eingefroren ist – kann Syrien keine Investitionen ins Land holen, kann nichts finanziert werden, kehren keine Migranten zurück, kann das Land nicht wieder aufgebaut werden. Die afghanische Währung kollabierte, nachdem die USA das gesamte Devisenguthaben der afghanischen Zentralbank beschlagnahmt hatte. Importe wurden so fast unmöglich. Die Menschen leben von der Hand in den Mund.
- Die Zivilbevölkerung wird als Geisel einer machtpolitischen Strategie missbraucht. Sanktionen treffen nicht die Führungsschicht sondern die Durchschnittsbürger, vor allem die Verletzlichsten und Ärmsten unter ihnen. Das gilt in doppelter Hinsicht: sowohl in den sanktionierten als auch in den sanktionierenden Ländern.
- Sanktionen machen die volle Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte der betroffenen Bevölkerung unmöglich. Sie behindern auch die humanitäre Hilfe. Sie sind demgemäß völkerrechtlich unzulässig.

Univ.-Prof. Dr. Hans Köchler, Völkerrechtsexperte, Universität Innsbruck

RA Dr. Johannes Hübner, Bundesrat

Univ.-Prof. Dr. Alena Douhan, Professorin für Völkerrecht, Staatliche Universität Minsk, UN-Sonderberichterstatterin zu Menschenrechtsfragen

## Gegenüber der EU nicht als Bittsteller auftreten

Als EU-Nettozahler müssen wir Österreicher nicht als Bittsteller auftreten! In Abstimmung mit dem Verkehrsministerium sollten wir als ernstzunehmendes Druckmittel folgende Fakten auf den Verhandlungstisch legen: 1. Tägliche Blockabfertigung, wobei nicht mehr als maximal 4.000 Transit-LKW durchgelassen werden (= jährlich ca. 1,46 Millionen Fahrten, statt bisher rd. 2,5 Millionen). 2. Die Mautgebühr auf der A 13 wird für alle Transit-LKW verdoppelt. Beginn dieser Maßnahmen ab 1. Jänner des folgenden Jahres mit der Begründung, dass dies im Interesse der Gesundheit unserer Bevölkerung notwendig ist. Dann wollen wir einmal sehen, was die EU dagegen unternimmt. Dafür soll das Projekt Reschenbahn forciert werden. Holen wir uns unsere Souveränität zurück!

Dr. Werner Königshofer, Wattens

## Friedensprojekt EU – wir werden hinters Licht geführt

Wieso haben unsere Politiker handstreichartig das vielbeschworene Ziel des Friedens aufgegeben, das zentrale Gründungsziel der Europäischen Union? Noch zu Beginn des Krieges zwischen der Ukraine und Russland hörte man vereinzelt stimmen, die Verhandlungen einforderten, Verhandlungen zum Erreichen eines Friedens. Und jetzt? Nichts mehr – zumindest von allen offiziellen Stellen kein Wort mehr darüber. Als wäre der Friede nicht mehr wichtig, kein Ziel mehr. Welches Ziel wird jetzt angepeilt? Es kann doch nicht sein, dass unsere Politiker sich nur mehr für die Rüstungsindustrie hier und über dem großen Ozean starkmachen. Fordern wir von unseren Vertretern, sich für die Sache des Friedens einzusetzen. Das ist wahrlich das Einzige, wofür es sich lohnt einzustehen! Das Volk, die Bevölkerungen aller Länder wollen den Krieg nicht. Das war immer so und wird immer so sein. Kriege sind nur im Interesse der Mächtigen und deren Geldbeutel. Es braucht eine neue Friedensbewegung. Und zwar über alle ideologischen Grenzen hinweg. Das ist ein schönes Ziel – alle friedliebenden Menschen Österreichs zusammenzubringen. Die Mütter so vieler russischer und ukrainischer junger Männer wären uns dafür sehr dankbar.

Dr. Sylvia Stuckenber, Hohenweiler



Titelblatt der „Weltwoche“ Nr. 39  
Dieses Schweizer Wochenmagazin bildet eine löbliche Ausnahme im Mediensyndikat. Man spürt die Grundtendenz bei Konfliktbeschreibungen, sich um Neutralität zu bemühen und friedenschaffende Lösungen aufzuzeigen, anstatt hetzerisch für eine Streitpartei Stellung zu beziehen. Beim aktuellen Thema Ukraine-Konflikt ist das besonders gut erkennbar.

## Das Großkapital kauft die Ukraine

Schon jetzt gehören 17 Mio. Hektar Land in der Ostukraine samt allen Bodenschätzen und Agrarerträgen dem US-Großkapital (BlackRock, Vanguard

etc.). Das heißt, die Ukraine muss weiterkämpfen, denn gerade dort sitzen jetzt die Russen, sonst wäre das ganze US-Spielgeld verloren und einige Leute, die in den USA wirklich den Ton angeben, wären ziemlich böse.

17 Mio. ha sind 170.000 km<sup>2</sup>. Das ist mehr als die gesamte Agrarfläche Italiens. Die ganze Ukraine hat eine Fläche von 603.700 km<sup>2</sup>. Man kann also sehen, dass rund 28% des ukrainischen Staatsgebiets, vor allem jenes im rohstoffreichen und fruchtbaren Osten des Landes, den USA gehören. So gesehen klingt die immer wieder strapazierte Behauptung, dass die Ukraine für die Verteidigung der „westlichen Werte“ und für den Westen kämpfe, weitaus verständlicher. Sie kämpft mit reger US- und GB-Beteiligung – auch personeller – tatsächlich für das immense dort im Feuer stehende Risikokapital von BlackRock etc.

Die „Washington Post“ schrieb bereits im März 22: „Washington fights Russia to the last Ukrainian.“ Hier eine entsprechende Quelle: <https://publikum.net/selenskij-hat-seine-ukraine-verkauft-an-black-rock-und-co/>.

Leserbriefschreiber der Red. bekannt.

*Russlands Bodenschätze sind zu gewaltig, als dass sie den Russen alleine gehören dürfen.*

Madeleine Albright, Außenministerin unter US-Präsident Clinton

*Das scheint nach wie vor die Grundeinstellung des US-Imperiums gegenüber Russland und allen Ländern zu sein, wo es was zu holen gibt.*

chanismus. Nun kann die EU-Kommission Fördergelder zurückhalten aufgrund von Vorwürfen, wegen Rechtsstaatsproblemen im Empfängerland sei die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel nicht gesichert. Dabei ist die EU-Miswirtschaft bei der Vergabe von Fördergeldern seit Jahrzehnten bekannt. Dass ausgerechnet jetzt dieses Verfahren in die Wege geleitet wurde, legt nahe, dass es Brüssel wohl eher darum geht, kritische Länder „auf Linie zu bringen“.

Die erwähnten Ausnahmeregelungen und das gute Verhältnis zu Russland, das in einigen Bereichen Sonderkonditionen und Zahlungsaufschub für Ungarn gewährt, erlaubten es der ungarischen Regierung, eine wirksame Preisbremse bei Kraftstoffen und Lebensmitteln einzuführen und bisher durchzuhalten. Die Bevölkerung dankt es Orban, was u. a. an den Wahlergebnissen ersichtlich ist. Unsere Politiker können sich daran ein Beispiel nehmen.

Quelle: [deutsche-wirtschafts-nachrichten.de](http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de)

## Kroatischer Präsident zeigt EU-Ausbildungsmission die rote Karte

Während es einigen EU-Ländern wie den baltischen Staaten, Polen und Deutschland bei der Umsetzung von NATO-Vorgaben im Ukraine-Krieg nicht schnell und heftig genug gehen kann, sind andere Staaten klugerweise etwas vorsichtiger. Meinte noch die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht im Hinblick auf die Teilnahme an der Ausbildung ukrainischer Soldaten auf deutschem Boden

dümmlich „wir sind ganz vorne mit dabei“, gibt der kroatische Präsident Zoran Milanović zu bedenken, dass mit einem ebensolchen Schritt Kroatien ein Kriegsgegner Russlands würde: „Wir sind korrekt, solidarisch, aber nicht weiter als das. Als Oberbefehlshaber werde ich das nicht erlauben. Das bringt den Krieg nach Kroatien.“

Quelle: [unser-mittleuropa.com](http://unser-mittleuropa.com)

*Milanović hat Recht und er handelt vorbildhaft, wenn er sein Land nicht*

## Russland will dringend benötigte Düngemittel an Entwicklungsländer spenden

Russlands Präsident Wladimir Putin sagt, Russland sei bereit, mehr als 300.000 Tonnen russischer Düngemittel, die in europäischen Häfen festsitzen, kostenlos an Entwicklungsländer zu liefern, sobald die EU die Sanktionen gegen russische Exporte so weit lockert, dass dies möglich wird. Bis jetzt können aufgrund der Sanktionen nur europäische Länder russische Düngemittel kaufen, die Entwicklungsländer schauen durch die Finger. Quelle: [agrarheute.com](http://agrarheute.com)



Düngemittelverladung der URALCHEM, des größten Ammoniumnitrat-Düngerproduzenten in Russland  
Bild: [www.uralchem.com](http://www.uralchem.com) - screenshot

## Es geht auch anders – nach zwei Jahren Krieg Waffenstillstand in Äthiopien beschlossen

Nach zwei Jahren eines schrecklichen Krieges haben sich die beiden Kontrahenten des Tigray-Konflikts in Äthiopien nach tagelangen Friedensgesprächen in Südafrika formell auf die Einstellung der Feind-

seligkeiten und auf eine systematische und koordinierte Entwaffnung geeinigt.

Die „Volksbefreiungsfront“ der äthiopischen Provinz Tigray (TPLF) sprach von einem Neubeginn und erklärte, sie habe in den Friedensgesprächen Zugeständnisse gemacht. Vor laufenden Kameras unterzeichneten die Konfliktparteien vor kurzem ein entsprechendes Abkommen, das auch eine Vereinbarung zur Wiederherstellung von Recht, Ordnung und öffentlicher Verwaltung beinhaltet. Es soll auch wieder einen Zugang zu Hilfsgütern ermöglichen. Ein Sprecher der Tigrayer Rebellen versicherte, man sei bereit, den Weg des Friedens zu gehen.

Ursache der im November 2020 ausgebrochenen Kämpfe sind seit langem bestehende Rivalitäten regionaler Mächte, die

*Die Trägheit des Herzens überwinden und handeln! Allen Widrigkeiten zum Trotz, die Entschlossenheit aufbringen, die Wahrheit zu suchen und dadurch die Würde als Mensch zu bewahren und eine lebenswerte Zukunft für uns und unsere Kinder zu schaffen.*

Rudolf L. Hänsel, Psychologe und Pädagoge

*in Gefahr bringen und zu einer Eskalation des Krieges beitragen will. Lambrechts Aussage hingegen macht erneut deutlich, wie tief Berlin im Sumpf des NATO-Stellvertreterkriegs gegen Russland steckt. Man wird sehen, wie Russland mittelfristig auf den Bruch des Waffenstillstandes von 1945 mit Deutschland – einen Friedensvertrag gibt es ja bis heute nicht – reagieren wird.*

## Ungeimpfte in New York rehabilitiert

Anfang November entschied der Oberste Gerichtshof von New York, dass die Stadt alle Mitarbeiter, die sie entlassen hatte, weil sie sich nicht gegen Corona impfen lassen wollten, wieder einstellen muss. Das Urteil besagt auch, dass die Betroffenen entschädigt werden müssen und Nachzahlungen zu leisten sind.

Quellen: [regionaltv.at](http://regionaltv.at); [washingtonpost.com](http://washingtonpost.com); [foxnews.com](http://foxnews.com)

Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.

## Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

### Ungarn – weniger Sanktionswahnsinn hilft der Bevölkerung

Der ungarische Ministerpräsident Orbán unterhält im Gegensatz zur anti-russischen Hysterie, die in weiten Teilen EU-Europas im Auftrag von NATO/USA künstlich geschürt wird, ein gutes Verhältnis zum russischen Präsidenten Wladimir Putin. Die Sanktionspakete der EU gegen Russland

trug er bislang widerwillig und weil ihm die EU-Kommission Ausnahmeregelungen zugestand, mit. So musste Ungarn z. B. beim Ölembargo gegen Russland nicht vollumfänglich mitmachen. Er verlangt immer wieder die Aufhebung der Sanktionen, da sie den Mitgliedsländern von den Brüsseler Bürokraten aufgezwungen würden und kontraproduktiv und schäd-

lich seien. Da die Sanktionsbeschlüsse der EU Einstimmigkeit erfordern, hat er ein gewisses Druckmittel in der Hand. Dem versucht die EU zu kontern, indem sie kurz nach seiner Wiederwahl ein Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn einleitete, basierend auf dem „zufällig“ unmittelbar nach dem Beginn des Ukraine-Krieges einsatzbereit gemachten Rechtsstaatsme-

(Fortsetzung auf Seite 7)



Provinz Tigray: rot markiert  
Ob es der Ukraine auch gelingen wird, innerhalb von zwei Jahren mit dem russischen Donbass Frieden zu schließen?

Bild: wikipedia.org

## Neutralitätsinitiative gestartet, damit die Schweiz wieder zu ihrer weltweit anerkannten Neutralität zurückkehren kann



In der Schweiz wurde Anfang November aufgrund der umstrittenen Übernahme der Sanktionen gegen Russland, die für viele Bürger eindeutig eine Verletzung des Neutralitätsgebotes darstellt, die Volksinitiative „Wahrung der schweizerischen Neutralität“, Kurzbezeichnung „Neutralitätsinitiative“ gestartet. Sie sei dringend notwendig, weil der Schweizer

Bundesrat (= Bundesregierung) nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine in neutralitätsverletzender Weise Partei für die US-gelenkte NATO ergriffen habe, sagt das überparteiliche Initiativkomitee Pro Schweiz in seiner Begründung. Mit dieser Volksinitiative soll erreicht werden, dass in der Bundesverfassung die „integrale Neutralität“ unmissverständlich hinzugefügt wird. Ihre Verankerung würde es den politi-

schen Entscheidungsträgern in Zukunft unmöglich machen, Wirtschaftshilfen für oder „nichtmilitärische Zwangsmaßnahmen“ gegen einen kriegsführenden Staat zu beschließen. Nur eine „integrale Neutralität“ kann eine aktive Rolle der Schweiz als glaubhafte Friedensvermittlerin sicherstellen. Das bedeutet keineswegs ein gesinnungsneutrales Verhalten der Bürger.

Quelle: [neutrale-schweiz.ch](http://neutrale-schweiz.ch); [srf.ch](http://srf.ch)

### VERANSTALTUNGEN & TERMINE

#### NFÖ-Salzburg – Infoabend

Freitag, 27. Jänner 2023, Beginn 18.30 Uhr  
Haus „Wartenberg“, Riedenburgerstr. 2  
(Beginn Bayernstraße) in Salzburg-Stadt  
Infos unter Telefon 0699 1720 0336

\*\*\*\*\*

#### NFÖ-Tirol – Adventlicher Ausklang

Mittwoch, 14. Dezember, Beginn: 18 Uhr  
Gasthaus „Tiroler Weinstube“, Gumpstr. 38,  
Innsbruck, Infos unter Tel. 0699 1162 8644

\*\*\*\*\*

#### NFÖ-Vorarlberg – Friedensgespräch

Samstag, 4. Feber 2023, 17 Uhr,  
im KOLPING-Haus, Jahngasse 20,  
Dornbirn, Infos unter Tel: 0699 144 303 47

\*\*\*\*\*

#### NFÖ-Wien – Monatstreffen

jeden 3. Montag im Monat: ab 18 Uhr,  
Cafe „Frey“, 1040 Wien, Favoritenstr.44  
Infos unter Tel. 0676 406 5409

\*\*\*\*\*

#### VORTRAG MIT DISKUSSION

**Thema: „Bewertung der militärischen Lage  
im Ukraine-Krieg. Strategische Bedeutung  
des neutralen Österreichs in Europa“**

Referent: Mag. Ralph Bossard,  
Oberstleutnant des Generalstabs d. Schweizer Armee

Termin: 13. Dezember 2022, Beginn 19:00 Uhr  
Ort: Hotel „Kaiserhof“ in 5081 Anif-Niederalm,  
Salzachtal Bundesstraße 135 (Buslinien 170 od.175)

Organisation und Moderation: Inge Rauscher, IHU-Obfrau

### Erste anti-amerikanische Großdemo in Deutschland

Es hat lange gedauert, aber jetzt scheint Deutschland aufzuwachen. Lange genug hat es verdrängt, dass es kein souveränes Land, sondern nur ein Vasallenstaat der USA ist, der sich ihrer imperialen Machtpolitik unterzuordnen hat. Die Ereignisse der letzten Zeit, das erzwungene Mitmachen beim Ukrainekrieg an vorderster Front, die Gefährdung der Energieversorgung, der wirtschaftliche Niedergang, die völlig einseitige mediale Dauerberieselung, die Ausgrenzung Andersdenkender u. dgl. haben viele Deutsche wachgerüttelt. Immer mehr Menschen erkennen, dass die mächtigste Militärmacht der Welt zunehmend das Völkerrecht missachtet und drauf und dran ist, Deutschland und mit ihm Europa wirtschaftlich zu ruinieren. Anders ist es nicht zu erklären, dass **zum ersten Mal in der Geschichte der BRD für den 26. November eine bundesweite Großdemonstration unter dem Motto „Ami go home“**, z. T. direkt vor US-Konsulaten, geplant ist. Wir hoffen, dass sie tatsächlich durchgeführt werden kann und wünschen ihr viel Erfolg.

Quelle: *Compact-Magazin*



*Frohe Weihnachten*

„Anpruggn“-Advent im ältesten Stadtteil von Innsbruck  
Die Bewohner jenes „an der Innbrücke“ gelegenen Straßenzuges zeigen, dass eine stimmungsvolle Feier im Advent auch ohne Vermarktungsinteressen des christlichen Weihnachtsfestes möglich ist.

Bild: rp

### Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Redaktionsschluss: 19. November 2022

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.  
Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich – NFÖ*, 1230 Wien, Schimekgasse 30 und 6010 Innsbruck Postf. 110;  
Telefon: 0676-4065409; E-Mail: [buendnis@nfoe.at](mailto:buendnis@nfoe.at); Bankverbindung: IBAN AT53 4501 0001 0925 8996; Druck: Sterndruck, Fügen; DVR3000098